

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 22. Feber 2018

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und
Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung zur finanziellen Förderung von
Bildungsfahrten zu Gedenkstätten**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten

2018 feiern wir den 100. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich. In dieses Jubiläumsjahr fallen auch weitere Jahrestage, deren geschichtliche Auseinandersetzung von besonderer Bedeutung sind: der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Jahr 1958 sowie der Prager Frühling 1968.

Es ist wichtig, dass auch das Land Burgenland im heurigen Gedenk- und Erinnerungsjahr ein Zeichen setzt und vor allem für Jugendliche durch entsprechende Maßnahmen die Möglichkeit schafft, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Der Terror von Gewaltregimen darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Jugend soll durch verschiedene Angebote zur Auseinandersetzung mit extremen Tendenzen unserer Gesellschaft angeregt werden.

Mit einer entsprechenden guten Vorbereitung ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus an historischen Orten von zentraler Bedeutung. Gerade Gedenkstätten menschlichen Unrechts sind Tatorte, Leidensorte, Orte des Gedenkens und vor allem für die heutige junge Generation „Lernorte“. Bildungsfahrten an diese Orte können einen wichtigen Beitrag zum Demokratieverständnis, zur Gewaltprävention und zum vereinten Europagedanken leisten.

Das Land Burgenland soll mit einem gezielten Förderprogramm Bildungsfahrten zu Gedenkstätten menschlichen Unrechts im Rahmen des Schulunterrichts und im außerschulischen Bereich unterstützen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, Bildungsfahrten zu Gedenkstätten menschlichen Unrechts im Rahmen des Schulunterrichts und im außerschulischen Bereich mit einem gezielten Förderprogramm zu unterstützen.